



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/IX/20 - 25.1.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

Nüchternheit tut not	S. 1
Frankreich vor neuen Loankonflikten	S. 3
Der "Tat"-Kreis und "Die Welt"	S. 5
Glosse: Ahnengalerie	S. 6

Der Kongreß wird nicht tanzen

P.R.-Berlin

Der Blick vom Fenster im vierten Stock des internationalen Pressehauses, in dem Zeitungen, Nachrichtenagenturen und Rundfunksender aus aller Welt Quartier bezogen haben, geht direkt auf die Front des Tagungsgebäudes, in dem früher einmal das Berliner Kammergericht war. Es liegt in vornehmer Zurückgezogenheit hinter dem kleinen, in diesen Tagen idyllisch verschneiten Kicist-Park, durch die alten säulengestützten Kolonnaden und durch sorgfältige Absperrung gegen allzu aufdringliche profane Neugier geschützt.

Bevor die Konferenz begann, wurden in Berlin, sozusagen als kleine Vorspeise, eine Fülle von bon mots, vornehmlich aus der Munde von Taxichauffeuren, Fahrstuhlführern und Zeitungsfahrern herumgereicht - scharf gewürzt und appetitanregend. Um es in einem Wort zu sagen: Der Berliner hat auch bei dieser Gelegenheit seine Skepsis und die Neigung zu äußerster Nüchternheit politischer Vorgänge bewahrt, wobei der, der ihn kennt, weiß, daß dahinter nur allzu oft das Bemühen steckt, eine optimistische Grundstimmung zu verdecken, nur um nicht eventuell widerlegt zu werden, wenn es doch anders kommt. Das allgemeine Interesse ist jedenfalls nach außen hin stark gedämpft an diesem Tage, denn am 25. Januar begann schließlich nicht nur die Vierer-Konferenz, sondern auch der große Winterschlußverkauf.

Dieser Kongreß wird keine Zeit haben zu tanzen - auch die stimmungsmaßigsten Voraussetzungen sind dafür gering. Es ist ein immenses Arbeitsprogramm vorgesehen, obwohl an jedem Tage voraussichtlich nur eine Konferenz der großen Vier und ihrer Mitarbeiter stattfinden wird. Wie stark aber diese Konferenz entsprechend dem Stil, der sich in der Nachkriegszeit entwickelt hat, auch von propagandistischen Bedürfnissen begleitet ist, zeigt die Tatsache, daß voraussichtlich bis zu neun Konferenzen an einem Tage stattfinden werden: Die vier zusammen in einer, wenn man zu einer einheitlichen Verlautbarung kommen sollte, jede der Delegationen einzeln, in je einer allgemeinen Konferenz, auch unter Hinzuziehung deutscher Pressevertreter, und je eine interne, das heißt jedes der vier Länder für die Journalisten aus diesen Lande. Schließlich wird die Bundesregierung selbst täglich eine Pressekonferenz abhalten. Wie dieses Pensum rein technisch bewältigt werden soll, ist für viele einzeln arbeitende Journalisten eine kaum zu lösende Aufgabe. Immerhin sind die großen Agenturen mit Arbeitstäben bis zu 20 Mitarbeitern vertreten.

Das, was in den letzten zwei Tagen vor dem Beginn der eigentlichen Beratungen an politischen Gesichtspunkten von allen Seiten noch einmal zusammengetragen und der Öffentlichkeit unterbreitet wurde, hat nicht viel Neues gebracht. In den Begrüßungsworten Molotows bei seiner Ankunft in Berlin fiel auf, daß er wohl von Rotchina, aber nicht von Deutschland sprach, daß er ganz allgemein die Notwendigkeit unterstrich, den Frieden zu festigen und internationale Spannungen zu vermindern, daß er also das Sicherheitsproblem stark in den Vordergrund rückte. Die westlichen Alliierten ihrerseits haben erneut betont, daß für sie die Frage der deutschen Wiedervereinigung erstrangig sei und daß man, so verlautete aus amerikanischen Kreisen, nicht gewillt sei, in eine unerlöste Tagesordnungs-Debatte einzutreten. Aber alles, das und vieles andere, was darüber hinaus in direkten Worten oder andeutungsweise gesagt wurde, ist unmittelbar am Beginn so stark mit taktischen Absichten durchsetzt, und von dem Bemühen getragen, auf solche Weise auf den Busch zu klopfen, daß man allseits nicht übergroßen Wert beimessen darf. Vielleicht wird es einige Tage dauern, bis man etwas klarer sieht, und es wird nicht immer leicht sein, aus den vielleicht recht mageren offiziellen Mitteilungen und der zu erwartenden Fülle von Gerüchten und Kombinationen das Wichtige vom Nebensächlichen zu trennen.

Sicher wäre die nüchterne Einstellung des Durchschnittsberliners, der beide Seiten aus jahrelanger eigener Erfahrung kennt, eine gute Sache für die Beteiligten selbst, wenn sie an diese ungemein schwierige und heikle Aufgabe herangehen. Eine leidenschaftlich zugespitzte Form der Erörterung kann der Sache nur schaden. Gerade die ersten Tage werden aber deshalb besonders interessant und bedeutungsvoll sein, weil sie weitgehend die Atmosphäre der ganzen Konferenz beeinflussen können.

Regierung zwischen Hammer und Amboß

G.S. - Paris, Ende Januar

Die einzige klare politisch-soziale Anspielung, die der neue Präsident der Republik, René Coty, bei seinem Amtsantritt machte, bezog sich auf das "Schicksal der Armen", denen der Staat "zu Hilfe" kommen müsse. Diese väterlichen Worte waren sicher von löblichen Absichten, aber wahrscheinlich auch von der Einsicht diktiert, daß "etwas getan" werden müsse, sollen nicht die sieben Amtsjahre, vor denen sich der Präsident befindet, später als die sieben mageren Jahre qualifiziert werden.

Am Jahresende war unter dem Druck der Gewerkschaftsorganisationen die "Hohe Kommission für Gesamtarbeitsverträge" einberufen worden und hatte beschlossen, der Regierung zu empfehlen, den staatlich garantierten Mindestlohn von 20000 Franken auf 27.500 Franken zu erhöhen. Die Vertreter der Unternehmerverbände waren von vornherein der Sitzung ferngeblieben, weil... die Gewerkschaftsorganisationen "unverantwortliche Vorschläge" unterbreitet hätten. Die Vertreter der Regierung enthielten sich "weise" der Stimme.

Die Gewerkschaften warteten mit sehr eindrucksvollen Ziffern auf, die beweisen, daß, von einigen wenigen Industriezweigen abgesehen, die Lage der französischen Industrie, entgegen den ständigen Klagen der Industriellen, keineswegs schlecht ist und daß es den Unternehmern zumindest möglich ist, die Mindestlöhne in der von der Kommission geforderten Höhe zu gewähren. Es ist den Gewerkschaften außerdem leicht, auf die Tatsache hinzuweisen, daß die beabsichtigte Modernisierung der Industrie (leider) in den meisten Industriezweigen auf dem Papier steht und daß sich bei den meisten Unternehmen weiterhin die Tendenz durchsetzt, "klein aber fein" zu bleiben, das heißt, sich der Expansion der industriellen Produktion entgegenzustellen, um die jetzt erzielten Gewinne nicht zu gefährden. Das ist eine Auffassung, die die französischen Unternehmer schon immer vertreten haben, auch wenn ihnen entgegengehalten wurde, daß eine Expansion der Industrie auf die Dauer auch höhere Profite sichern würde: Aber gegen den Krämergeist ist schwer aufzukommen ...

Die Regierung wird gezwungen sein, in der Lohnfrage einen vermittelnden Standpunkt zwischen den Sozialpartnern einzunehmen. Es kann als gewiß angenommen werden, daß sie eine Erhöhung des Mindestlohns von 20000 auf 22.500 Franken vorschlagen und eventuell beschließen wird. Doch scheint es, als ob ein derartiger Kompromißvorschlag bei den Vertretern aller Gewerkschaftsorganisationen auf Widerstand treffen werde. Die Tatsache, daß die Vorstände der christlichen Gewerkschaft und der freigewerkschaftlichen Organisation Force Ouvrière eine gemeinsame Tagung abhielten und beschlossen, den Vorschlag der "Hohen Kommission" für Gesamtarbeitsverträge energisch zu verfechten, deutet darauf hin, daß die Gewerkschaftsvertreter in dieser Frage keinen Kompromiß annehmen wollen.

Die Regierung, die sich so zwischen Hammer und Amboß befindet, wird wahrscheinlich alles tun, um einen sozialen Konflikt zu vermeiden und um die Unternehmer nicht allzu sehr zu verärgern. Dieser Standpunkt wird in der Praxis umso schwieriger zu vertreten sein, als die nichtkommunistischen Gewerkschaftsorganisationen in der erwähnten Vorstandssitzung bereits beschlossen haben, am 29. Januar einen "Protesttag" zu veranstalten, an dem die Arbeiter in den Betrieben ihre Forderungen überreichen und sie eventuell durch begrenzte Arbeitsniederlegungen wirksam machen sollen. Der kommunistische Gewerkschaftsverband, dessen Taktik der "Einheitsfront" bei den freien Gewerkschaftsorganisationen kaum auf Gegenliebe stößt, hat seinerseits beschlossen, an dieser Aktion teilzunehmen. Faktisch wird sich also in Frankreich eine geschlossene Front der Werktätigen bilden, um Forderungen zu verfechten, die übrigens von der gesamten französischen Presse als gerecht und bescheiden anerkannt werden.

Billigt die Regierung die Gewerkschaftsforderungen, so sagt sie sich von ihren Freunden los und gefährdet damit ihre Existenz. Es ist wohl kein Zufall, daß hervorragende Vertreter der Radikalen Partei offen gegen den Unternehmerverband Stellung genommen und die Forderungen der Gewerkschaftsorganisationen als "vernünftig" bezeichnet haben. Bei dieser Stellungnahme dürfte kaum das "soziale Gewissen" (von dem die Rede ist), sondern die Überzeugung eine Rolle gespielt haben, daß die Option in der sozialen Frage für Frankreichs Zukunft sehr folgenschwer sein kann.

Giselher Wirsing kommt zur "Welt"

(sp) In dem Bestreben, die Redaktion der Zeitung "Die Welt" völlig in die eine, seit dem Verkauf im vergangenen Jahre konsequent eingeschlagene Richtung zu bringen, wird Hans Zehrer, der bisherige Chefredakteur, nun auch seinen einstigen Mitarbeiter in der vornazistischen "Tat", Dr. Giselher Wirsing, nach Hamburg holen, und Wirsing soll sogar als Chefredakteur der "Welt"-Redaktion vorstehen. Zehrer selbst soll wieder in den Hintergrund treten, in dem er als journalistischer Berater des Springer-Verlages und Axel Springers persönlich seit Jahren tätig war. Er arbeitete bis zu seiner Berufung zur "Welt" als Chefredakteur des ernsthaften "Sonntagsblattes", das von Landesbischof Lilje herausgegeben wird und als täglicher sogenannter Leitartikler in der Boulevardzeitung "Bild", wo er als "Haas im Bild" den journalistischen Gegenpol erreichte. In der "Welt" konnte er die ersehnten Lorbeeren nicht ernten. Er änderte viel und änderte einiges wieder zurück. Aber die Zustimmung der Mitarbeiter errang er nicht.

Das soll nun Giselher Wirsing erreichen. Er gehörte auch zum "Tat"-Kreis, zu jenem Zirkel intellektueller, destruktiver Nationalen, die sich in der Weimarer Republik große und erfolgreiche Mühe gaben, zunächst dem Ständestaat und schließlich dem Nationalsozialismus den Weg zu ebnen. Mit demokratischen Mitteln, natürlich. "Man muß sie herantreiben, sie müssen beweisen können, was sie wirklich wollen und können" - das war die Devise. Sie haben bewiesen. Wirsing brauchte nicht einmal unterzutauchen, als Hitler und Goebbels dann ragierten. Er wurde Chefredakteur oder "Hauptschriftleiter" der einst angesehenen "Münchener Neuesten Nachrichten" und wurde einer der bevorzugten Leitartikler der Politik des Hitlerregimes - ein Intimus der Herren des Auswärtigen Amtes und des Propagandaministeriums. Nach dem Kriege hielt er sich vorsichtig zurück.

Die Zeit scheint gekommen, daß er wieder an die Front treten kann. "Man muß sie herantreiben, ..." war damals die Parole. Wir wünschen sie nicht, aber wir können sie leider nicht hindern. Nur werden wir nicht ruhig zusehen, daß wieder eine Sache gemacht wird, die wir zu bezahlen haben, wenn das Völkerverdammte zur Kasse ruft. Was sie einst wollten, das haben wir erfahren. Es scheint, daß manche Leute nichts gelernt haben. Das ist in diesem Falle keine Sache der verantwortlichen Verlagsleiter. Was sie künftig wollen, das sollte deutlich sein, wenn man die Wiedervereinigung feststellt, den erneuten Zusammenschluß derer, die schon einmal gemeinsam "Gott für Deutschland" kämpften.

Die Ahnen - Hitler wird trotzdem spuken

R.G. Ahnen haben so ihre Eigenarten und Gewohnheiten. Sie spuken gern. Sie steigen des Nachts aus ihren Bildern heraus und machen Streit. Sie können sich eben von ihrem früheren Leben nicht trennen. So jedenfalls geht die Sage von den Schlössern, in denen sie hausen. Aber sie hausen nicht nur in Schlössern. Sie sind in ansehnlichen Frechtextemplaren auch in manchen Parlamenten vorhanden. Und in anderen wiederum sind sie noch nicht vorhanden. Dort sollen sie erst. Aber sie machen trotzdem schon Streit.

Vor einigen Jahren schon entspann sich ein Streit um das Kokoschkabild des Hamburger Bürgermeisters Max Brauer. Das Bild von Kokoschka paßte nicht in die Ahnengalerie. Es entsprach nicht der Norm, es war gewissermaßen künstlerisch nicht standesgemäß; Ahnen sind da sehr empfindlich. Und die noch lebenden Hinterbliebenen waren es auch. Der Streit war heftig und peitschte die Wogen der Wassergläser auf den Rednerpulten. Vielleicht peitschen sie noch. Denn die Wassergläser werden von Zeit zu Zeit nachgefüllt.

Inzwischen spukt es auf einer anderen Ahnengalerie, auf einer noch nicht vorhandenen. Nämlich in München. München ist wie Hamburg auf seine Vergangenheit stolz und möchte, wie Hamburg eine hamburgische, so hier eine gut bayerische Ahnengalerie haben. In diesem Falle eine Reihe seiner Finanzminister. Das Justizministerium hat schon seine Ahnengalerie, und da muß das Finanzministerium auch eine haben. Und auch hier geht es um den Maler, der malen soll. Der ist nicht surrealistisch wie Kokoschka - jedenfalls stand nichts dergleichen zur Debatte - aber er ist kein Bayer. Und da es sich um lauter gut bayerische Ahnen handelt, kann man keinen Ausländer heranziehen. Der umstrittene Maler wohnt nämlich erst seit fünfundzwanzig Jahren in München, und sein Urgroßvater stammt aus Schweden; auf diese Weise fehlt seinem Familiennamen der urbayerische Klang. Da kann er doch nicht bayerische Ahnen malen!

Nun, das sind Ereignisse auf der, sagen wir mal, Längerebene. Außerdem aber spukt es auch noch überregional. Und wiederum, obwohl die Ahnengalerie noch gar nicht vorhanden ist. Sie soll erst geschaffen werden; im Bundestag, im weißen Schloß am Rhein. Man will auch

hier bekunden, daß es eine Tradition gibt und daß man sich stolz der Vergangenheit erinnert. Und also will man eine Ahnengalerie schaffen. Aber aus eben dieser Vergangenheit spukte es in dem Augenblick, da man die Ahnen heraufbeschwor: Bismarck, Hindenburg, Hitler... dieser Geisterstunde wird einmal kein Portier des Bundeshauses, ihr wird nicht einmal - trotz aller oft bekundeten Liebe zu den Gestalten der Vergangenheit - Herr Globke gewachsen sein.

Was ist daran zu ändern? Wer die Ahnen beschwört, muß ihren Spuk ertragen. Und sie treiben ihr Unwesen mit oder ohne Galerie. Da wird es dem Bundestag nicht viel nützen, wenn er vielleicht den einen oder anderen der Vorfahren übergehen will. Die Vergangenheit läßt sich nicht auslöschen, und Hitler läßt sich nicht wegwischen. Man kann vielleicht auf ein Porträt verzichten; spuken wird er trotzdem.

+ + +

Deutsch-Türkische Gesellschaft

(sp) Die Deutsch-Türkische Gesellschaft, die sich die Pflege der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Völkern zur Aufgabe macht, hat in Bonn auf ihrer ersten Mitgliederversammlung den Bundestagsabgeordneten Professor Dr. Baade (SPD), zum ersten und den Bundestagsabgeordneten Dr. Seires zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Dem Vorstand gehören ferner der Bundestagsabgeordnete Dr. Mende und als Geschäftsführer Dr. Hans Wilbrandt und Johannes Bergius an. S.E. der Herr Botschafter der Türkischen Republik Dr. Urgüplü und der erste Botschaftsrat, Herr İlhami Miren, wurden zu Ehrenmitgliedern der Gesellschaft gewählt.

Professor Dr. Christensen-Weniger, der neue deutsche Landwirtschaftsattaché in Ankara hielt einen interessanten Lichtbildervortrag über Reisen in der Türkei.

In der Türkei besteht eine entsprechende Türkisch-deutsche Gesellschaft, der Vertreter aus allen Kreisen des politischen, öffentlichen und kulturellen Lebens angehören. Sie wurde nach dem Besuch türkischer Parlamentarier in Deutschland gegründet und war bereits Gastgeber bei dem Gegenbesuch der deutschen Bundestagsabgeordneten im letzten Jahr. Die hiesige Gesellschaft beabsichtigt, verschiedene Vorträge über die Türkei zu veranstalten und in diesem Jahr Gesellschaftsreisen zwischen beiden Ländern zu organisieren, von denen sie ein besseres gegenseitiges Kennen- und Verstehenlernen erhofft.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler